



Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

12. Sitzung (öffentlich)

20. Februar 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 19:40 Uhr

Vorsitz: Friedhelm Ortgies (CDU) (Vorsitzender)

Cornelia Ruhkemper (SPD) (Stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

| | |
|---|-----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| 1 Falsch deklariertes Pferdefleisch im nordrhein-westfälischen Handel | 8 |
| Bericht der Landesregierung Vorlage 16/682 | |
| – - Bericht von Minister Johannes Remmel (MKULNV) | 8 |
| – - Aussprache | 10 |
| 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013) | 17 |

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400
Vorlagen 16/407, 16/534 und 16/658

Der **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, **Einzelplan 10 anzunehmen.**

3 **Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes**

26

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 16/45

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1264

in Verbindung damit

Anforderungen an eine neu zu erstellende Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen – Selbstüberwachungsverordnung – SüwAbw

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1265

in Verbindung damit

Dichtheitsprüfung bürgerfreundlich umsetzen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1270 (Neudruck)
APr 16/121
Stellungnahmen siehe APr 16/121

Der **Ausschuss lehnt** den **Gesetzentwurf** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 16/45** mit den

Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **ab**.

Der **Ausschuss stimmt** dem **Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/1264** – vgl. Drucksache 16/2143 – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten **zu**.

Der **Ausschuss stimmt** dem **Gesetzentwurf** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/1264 in geänderter Fassung** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **zu**.

Der **Ausschuss stimmt** dem **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zum Antrag Drucksache 16/1265** – vgl. Drucksache 16/1244 – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten **zu**.

Der **Ausschuss stimmt** sodann dem Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/1265 in geänderter Fassung** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **zu**.

Der **Ausschuss lehnt** den Antrag der Fraktion der FDP **Drucksache 16/1270 (Neudruck)** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **ab**.

4 Rot-grüne Landesregierung darf Weihnachtsbaumtradition in Nordrhein-Westfalen nicht gefährden

35

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1621

- Kontroverse Aussprache.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

5 PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen 40

Antrag
der Fraktion der Piraten
Drucksache 16/1257

- Kurze Aussprache.

6 Biozide in Gewässern in Nordrhein-Westfalen 41

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/659

- Aussprache.

7 Klimaschutzplan 45

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/661

- Kurzer ergänzender Bericht von Staatssekretär Peter Knitsch (MKULNV), Aussprache.

8 KWK-Impulsprogramm NRW 49

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/660

- Aussprache.

9 Energie der Zukunft 2012 50

Bericht
der Landesregierung

Die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt wird verschoben.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

10 Umsetzungsstand des KlimaschutzStartProgramms 51

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/631

- Kurze Aussprache.

11 Lebensmitteltransparenz und Hygieneampel 53

Bericht
der Landesregierung

- - Bericht von StS Peter Knitsch (MKULNV) 53

- - Aussprache 54

**12 Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und
Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes – AAVG – und zur
Änderung wasserverbandlicher Vorschriften 59**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1821

Der Ausschuss diskutiert über verschiedene Fragestel-
lungen.

**13 Endlich Schlussstrich unter die Nationalparkpläne Teutoburger Wald-
Eggegebirge und Senne ziehen – Spaltung der Region und
Verschwendung von Steuermitteln sofort beenden! 63**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1904

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1904 mit den Stimmen der Fraktionen von
SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die
Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **ab**.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400
Vorlagen 16/407, 16/534 und 16/658

Vorsitzender Friedhelm Ortgies führt aus, in der letzten Sitzung habe der Ausschuss erstmalig über den Einzelplan 10 des Haushaltsplanentwurfs für das Haushaltsjahr 2013 beraten. Die Fraktion der FDP habe einen schriftlichen Bericht über die größten Minder- und Mehrausgaben im Haushaltsjahr 2012 erbeten. Dieser liege vor – vgl. Vorlage 16/658. Heute sei die letzte Gelegenheit, dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuss ein Votum zu übermitteln, der am kommenden Tage seine abschließende Beratung und Abstimmung durchführen werde. Die Fraktion der Piraten habe einen Änderungsantrag vorgelegt.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) führt aus, seine Fraktion habe bereits bei den Haushaltsberatungen zum Haushaltsjahr 2012 kritisiert, dass es einen Bereich im Einzelplan 20 gebe, womit für den Rück- und Abbau des Thorium-Reaktors in Hamm-Uentrop Gelder zur Verfügung gestellt werden sollten. Seine Fraktion habe im Jahre 2012 bereits vorgeschlagen, das Geld einzusparen. Der Vorschlag werde wiederholt.

Prinzipiell sollte der Forschungsreaktor nicht auf Kosten der Steuerzahler stillgelegt werden. Die Kosten sollten die jetzigen Eigentümer tragen. Die Landesregierung habe in Vorlage 16/403 berichtet, dass zurzeit über einen Vertrag verhandelt werde. Obwohl es vonseiten von der SPD und Grünen zunächst geheißen habe, dass das Land nichts zahlen wolle, sei verhandelt worden. Der Rahmenvertrag werde nicht offengelegt, weil ein Vertragspartner die Weitergabe nicht gestatte. Die Piraten streben den gläsernen Staat und nicht den gläsernen Bürger an. Wer vom Staat Geld wolle, müsse auch die Verträge offenlegen.

Die Parlamentarier, die letztlich über den Haushalt entschieden, müssten auch wissen, worüber sie entschieden, es gehe nicht um ein Durchwinken der Beträge. Die Inhalte, die Bedingungen, über die verhandelt worden seien, müssten offengelegt werden. Wenn einem entsprechenden Änderungsantrag seiner Fraktion nicht zugestimmt würde, würde seine Fraktion den gesamten Haushalt ablehnen.

Henning Höne (FDP) macht darauf aufmerksam, dass die Änderungsanträge seiner Fraktion wie üblich im Haushalts- und Finanzausschuss gebündelt aus allen Fachbereichen vorgetragen würden. Bei den letzten Haushaltsberatungen habe er bereits gesagt, dass die FDP-Fraktion weiterhin davon ausgehe, dass das Sparpotential noch nicht ausgereizt sei, um es vorsichtig zu formulieren.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

Zwei Beispiele: Die Infokampagne Ökolandbau werde mit einer Erhöhung bedacht. Da sei eine Nachfrage vorhanden, es gebe einen Markt. Die Verbraucher fragten nach. Eine Infokampagne auf einem solchen Wege sei nicht das Entscheidende. Auf der BioFach, der Weltleitmesse für Bio-Produkte, in der letzten Woche sei in dem einen oder anderen Gesprächskreis darüber diskutiert worden, warum nicht mehr Betriebe auf Bio umstellen würden. Der Grund sei nicht darin zu suchen, dass die Leute etwa nicht wüssten, wie es gehe. Das habe andere Gründe, etwa die Flächenpreise. Das werde man mit diesem Programm auch nicht verändern können.

Wenn man schon der Stiftung Umwelt und Entwicklung, die sich mit nachhaltiger Entwicklung beschäftige, zum laufenden Geschäft Zuschüsse geben müsse, dann sollte sich der Zuschuss auch im Stiftungsvermögen wiederfinden, möglichst zu 100 %, damit irgendwann Schluss sei mit dem Zuschuss zum laufenden Geschäft – und das nicht zur Dauersubvention werde. Wenn man nachhaltige Entwicklung bei anderen Projekten fördern wolle, dann sollte man dem Stiftungsgedanken so weit folgen, dass man langfristig das Ziel verwirkliche, sich rein aus den Stiftungserträgen finanzieren zu können. Das seien zwei Beispiele aus diesem Fachbereich. Alle weiteren Änderungsanträge würden im Haushalts- und Finanzausschuss von seiner Fraktion vorgelegt.

Hans Christian Markert (GRÜNE) ist darüber überrascht, dass in den Haushaltsberatungen beklagt werde, dass der kleinste Etat, prozentual betrachtet, der schon beträchtliche Einsparvolumina enthalte, nicht noch mehr zur Konsolidierung des Haushaltes beitrage. Er sei auch insofern überrascht, weil der Haushalt unmittelbar im Anschluss an das Thema Lebensmittelsicherheit diskutiert werde. Eben habe er vernommen, dass alle Fraktionen offensichtlich gemeinsam das Interesse an guten Kontrollen, wenn nicht – er habe Frau Schulze Föcking so verstanden – an weitergehenden Kontrollen, Datenbanken und Vorsorgemaßnahmen hätten.

Er würde es spannend finden, wenn die FDP nicht alte Propagandabeiträge aufwärmen würde, sondern konkrete Einsparvorschläge machen würde, und zwar nicht bei den Punkten, die der FDP ideologisch in den Kram passten. Als CDU und FDP hier regiert hätten, hätten sie einige Einsparmöglichkeiten nicht genutzt, obwohl die Wirtschaftssituation als Begleitmusik ganz anders gewesen sei.

Der Angriff auf die Stiftung Umwelt und Entwicklung gehöre zur alten FDP-Propaganda. Herr Ellerbrock habe das auch schon vor Jahren angegriffen. Mit dieser Stiftung würden kleine nachhaltige Projekte gefördert, die das Ziel hätten, Menschen die Idee der Nachhaltigkeit, insbesondere im Bildungsbereich, nahezubringen. Wenn man sich angesichts eines Milliarden-Haushalts diese kleinen Kleckerbeträge als Symbolpolitik heraussuche, dann werde deutlich, dass man offensichtlich FDP-Stammtische bedienen wolle und nicht daran interessiert sei, die nachhaltige Konsolidierung des Haushaltes voranzubringen. Dann sollte man schon wirkliche Einsparvolumina nennen und beziffern und dürfe nicht in ein paar Jahren, wenn es den nächsten großen Umwelt- oder Verbraucherschutzskandal gebe, mehr Kontrollen fordern.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

Im Ausschuss werde oft über den Begriff Nachhaltigkeit gesprochen, was natürlich richtig sei, schickt **Rainer Deppe (CDU)** seinen Ausführungen voraus. Nachhaltigkeit müsse ein Grundprinzip der Politik, insbesondere der Umweltpolitik, sein. Er habe allerdings den Eindruck, dass die Nachhaltigkeit beim Thema Finanzen bei den regierungstragenden Fraktionen keine Rolle spiele. In dem zugegebenermaßen kleinen Umweltetat gebe es eine konsequente Steigerung. Prozentual habe er die größten Zuwächse.

Wenn man das Ziel ernsthaft verfolgen würde, im Jahre 2020 zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, dann müsste man jetzt anfangen. Im Jahre 2013 werde das von Rot-Grün nicht gemacht. Da sei auch kein Einspar- oder Konsolidierungsbeitrag, der Haushalt wachse weiter. Er werde nicht reduziert. Nachhaltigkeit sei nicht teilbar. Eine vernünftige Finanzpolitik gehöre dazu, die nicht die Schulden von heute so wie die Umweltsünden von heute den Kindern hinterlasse.

Wenn jetzt beklagt werde, dass in einzelnen Bereichen Mehraufwand betrieben müsse, dann sei zu fragen, ob man das mit diesen Methoden wirklich schaffe. Mit großem Interesse habe er zur Kenntnis genommen, dass Herr Remmel vor wenigen Tagen frühmorgens im Radio erklärt habe, dass man zu detaillierteren und stärkeren Eigenkontrollen kommen müsse. Darüber sei schon oft gesprochen worden.

Der Staat werde nicht neben jedes Fleischstück einen Kontrolleur stellen können. Es sei eine Illusion. Man brauche andere Mechanismen. Dazu gehörten mit Sicherheit die Eigenkontrolle und die Eigenverantwortung. Wenn man neue Bedarfe feststelle, müsse man sich fragen, ob im Moment oder mittelfristig andere Bereiche weniger wichtig seien.

Das Umweltbewusstsein habe in Deutschland seit Jahren einen Platz ganz oben. In einer Studie des Umweltbundesamtes sei das festgestellt worden. Das Umweltbewusstsein sei in der Bevölkerung mit einem sehr hohen Standard verankert. Jedes Jahr zu fordern, weil man noch eine Bildungsmaßnahme fördern wolle, den Etat zu steigern: Diesen Weg gehe seine Fraktion nicht mit. Die Erhöhung des Umweltbewusstseins sei erreicht worden. Da könne man auch etwas weniger machen, dafür stärker in Richtung Lebensmittelsicherheit oder beim Thema Biozid-Belastung der Gewässer arbeiten. Man könne doch nicht sagen, dass man alles, was man gemacht habe, immer weiter machen und steigern müsse. Das sei ein Fass ohne Boden.

Nach Absprache zwischen den Fraktionen würden im zuständigen Finanzausschuss die Anträge gestellt. Sie würden genau in diese Richtung gehen. Seine Fraktion setze ihre Schwerpunkte auf das Thema Verbraucherzentrale und auf das Thema Biologische Stationen. Diese Dinge sollten unverändert fortgeführt werden, auch über langfristige und mittelfristige Verträge, so wie das zu Regierungszeiten von CDU und FDP gemacht worden sei, um den Institutionen Planungssicherheit geben. Der dritte Schwerpunkt sei der Hochwasserschutz. Diese Dinge müsse man im Moment vorrangig betreiben. Bei allem anderen müsse man sehen, ob es finanzierbar sei.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

Er habe den Eindruck, dass das hier im Haushalt nicht getan werde. Er nehme an, dass Rot-Grün den Anträgen nicht folgen werde. Von daher werde seine Fraktion den Haushalt ablehnen.

Herr Deppe habe das Thema Nachhaltigkeit in Zusammenhang mit der Haushaltspolitik gestellt, hält **Hans Christian Markert (GRÜNE)** fest. Der Begriff Nachhaltigkeit sei definiert worden, und zwar in die Richtung, dass die heutige Generation aufgrund ihres Handelns die Chancen der nächsten Generationen nicht gefährden dürfe. Insbesondere im Bereich Umwelt- und Verbraucherpolitik sei das ein Auftrag, der weit über die Tagespolitik hinausgehe.

Vieles von dem, was man im Umweltetat von Herrn Remmel wiederfinde, habe etwas damit zu tun, genau die Chancen der nächsten Generation nicht zu gefährden. Wenn man hier anfangen, weitere Einsparmaßnahmen vorzunehmen – Herr Deppe habe explizit die Umweltbildung genannt –, dann stehe das im Widerspruch zu dem, was Kollege Höne zu Recht angesprochen habe, dass man im Bereich der Verbraucherpolitik und Lebensmittelaufklärung mehr Bildung brauche. Die FDP habe sich ausdrücklich zu der Verbraucherbildung bekannt. Wenn Herr Deppe das offensichtlich hinterfrage, dann glaube er, dass er den Begriff der Nachhaltigkeit auf diesem Themenfeld falsch interpretiere.

Haushaltspolitik sei zu sehr verengt, wenn man sie nur aufs Sparen konzentriere. Sparen sei ein Instrument. Zur Konsolidierung könnten auch bessere Einnahmen beitragen.

(Josef Wirtz [CDU]: Steuererhöhungen!)

– Vorsicht, es gehe nicht nur um Steuererhöhungen im klassischen Sinne. Am vorherigen Tage habe die Anhörung zum Wasserentnahmeentgeltgesetz mit dem Haushalts- und Finanzausschuss stattgefunden. Er habe den Eindruck gewonnen, dass CDU und FDP, was die Einnahmeseite betreffe, exemplarisch an der Spitze der Bewegung gestanden hätten, nämlich diese Einnahmeseite, wo immer es gehe, zu schonen. Das nenne er scheinheilig. Die CDU wolle im Bereich Umwelt sparen, weil sie sich davon verspreche, dass man ihr da zustimme, weil es offensichtlich ihrer Klientel am wenigsten wehtue.

Er würde vorschlagen, dass man anfangen, sich die Einnahmeseite anzuschauen und die Ausnahmetatbestände beim Wasserentnahmeentgelt für die Landwirtschaft im Sinne einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung auch infrage zu stellen. Über solche Dinge sollte man diskutieren und die Frage beantworten, ob man dann auch fürs Sparen, Haushaltskonsolidierung und für die Verbesserung der Einnahmeseite sei. Das finde er spannend. Er höre nur immer nein, das wolle man nicht. Der CDU gehe es nicht um eine verbesserte Haushaltssituation, ihr gehe es darum, an bestimmten Stellen die politische Axt anzulegen. Das werde seine Fraktion definitiv nicht mitmachen.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

Henning Höne (FDP) führt aus, Herr Markert habe gesagt, der Umweltetat sei einer der kleineren Etats und darum lohne es sich nicht, da zu sparen.

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Das habe ich nicht gesagt!)

– Herr Markert habe gesagt, da müsse man nicht mehr sparen, dass bringe sowieso nichts, es sei schon ein kleiner Etat.

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Sie müssen mich schon richtig zitieren, Herr Höne!)

– Wenn das stimmen sollte, frage er sich, wieso die Kollegen aus dem Kulturbereich – ein Etat, der nicht größer sei als der des Umweltministeriums – mit 8 % oder 10 % die Axt angelegt hätten.

Herr Markert habe von Scheinheiligkeit gesprochen. Scheinheilig sei doch, wenn man vorschiebe, dass man mit der Erhöhung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie finanzieren wolle, es dafür brauche, obwohl schon genug Geld da sei, zumindest laut den Zahlen des Umweltministeriums. Rot-Grün schiebe ökologische Gründe vor, um an anderer Stelle Geld abzukassieren.

Minister Remmel habe in der letzten Sitzung zu dem Thema gesagt, die Hand des Finanzministers sei an der Stelle nicht kleiner geworden: 80 Millionen € im Durchschnitt bis 2027. Die Anhörung sei im Übrigen für Rot-Grün vernichtend abgelaufen.

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Absolut nicht!)

Dann heiße es, man brauche noch mehr, obwohl man schon einen deutlichen Puffer von 10 % bei den Einnahmen habe. Rot-Grün gefährde die Akzeptanz für entsprechende Umweltschutzmaßnahmen, indem sie Gründe für die Umsetzung einer solchen Richtlinie vorschiebe und die Hand zweimal aufmache – und das bei einer Situation, in der auch das Land Nordrhein-Westfalen Einnahmerekorde habe. Es sei doch nicht so, als hätte das Land Nordrhein-Westfalen heute deutlich weniger Geld zur Verfügung als vor zehn Jahren. Das Gegenteil sei der Fall.

Es gebe gar nicht genügend Möglichkeiten, so viel Geld zu erwirtschaften, wie Rot-Grün Ideen habe, um das Geld mit beiden Händen wieder aus dem Fenster herauszuschmeißen. Das sei das Problem. Jedes Jahr komme mehr Geld rein, trotzdem brauche man jedes Jahr noch mehr Kredite. Das nenne er Scheinheiligkeit. Das passe auch mit der Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik nicht zusammen.

Manchmal helfe ein Blick auf die nackten Zahlen, meint **Minister Johannes Remmel (MKULNV)**. Er weise mit aller Bescheidenheit darauf hin, dass, gemessen an dem Volumen des Haushalts – der Umwelt-Etat sei der zweitkleinste Etat –, die Beiträge sowohl an der globalen Minderausgabe als auch an den tatsächlichen Haushaltskürzungen, die die Ministerpräsidentin mit 150 Millionen € beschrieben habe, prozentual am größten seien. Das Volumen betrage knapp unter 5 %. Das sei im Vergleich zu den anderen Etats von den Zahlen her der höchste Beitrag.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

Wenn es darum gehe zu identifizieren, wie die Veränderungen aus dem Jahre 2010 Richtung 2011, 2012/2013 im Gesamtvolumen zu erklären seien, dann bitte er drei Faktoren zu berücksichtigen:

Durch Umressortierung im Bereich Klimaschutz, erneuerbare Energien seien Haushaltsvolumina im investiven Bereich hinzugekommen. Sie fußten auf der Co-Finanzierung von europäischen Mitteln. Des Weiteren handele es sich um zwei Mehreinnahmen, die aufgrund der Systematik zu Mehrausgaben führten, nämlich einerseits dem Wasserentnahmeentgelt durch entsprechende Anpassung, zum anderen durch Mehreinnahmen bei der Abwasserabgabe. Beides sei gruppennützlich vorgesehen. Gegenüber 2009/2010 erklärten sich dadurch die erhöhten Gesamtvolumina.

Er würde sich mehr Unterstützung zumindest der Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker aus diesem Kreis wünschen. Man sein da im Konzert mit anderen ehrenamtlichen Anstrengungen. In allen Sonntagsreden heiße es, dass man das Ehrenamt stütze und stärken wolle, weil es zur Essenz der Gesellschaft gehöre und ohne das Ehrenamt viele wichtige Aufgaben nicht zu erfüllen seien. Solche ehrenamtlichen Anstrengungen finde man zu Recht und, Gott sei Dank!, im Sport, weitgehend auch im kulturellen Bereich. Natürlich habe man sie auch im Umwelt- und Naturschutzbereich. Wenn man über die Stiftung rede, dann rede man über den ehrenamtlichen Bereich. Da gebe es ein deutliches Qualitätsmerkmal, das den Umweltbereich von anderen Bereichen unterscheide.

In diesem Fall gebe es keine institutionelle Förderung. Im Sport werde institutionell gefördert, bei der Kultur ebenfalls. Eigentlich müsste man auch hier darüber nachdenken, das Ehrenamt institutionell zu unterstützen. Das geschehe aber nicht, weil man bewusst gesagt habe, es solle projektorientiert gefördert werden, es solle nicht zu Dauersubventionen kommen. Das sei die Philosophie, die auch die Stiftung widerspiegele. Er würde sich wünschen – man könne über Einzelprojekte mit Sicherheit streiten –, dass man den Grundsatz fachlich gemeinsam vertrete, dass es auch hier ein unterstützenswertes Ehrenamt gebe.

Norwich Rübe (GRÜNE) ist darüber erfreut, dass sich die CDU zu einem verlässlichen Partner für die Biologischen Stationen entwickeln wolle. Die Erfahrungen 2005 bis 2010 seien anders gewesen. Wenn die CDU die Landesregierung dabei unterstütze, das finanzielle Niveau, das man jetzt erreicht habe, weiter fortzuschreiben, dann sei das gut.

Zu den Stiftungen: Stiftungen hätten zurzeit ein erhebliches Ertragsproblem angesichts der Zinssituation, die man habe. Man müsse sehen, inwieweit Stiftungen überhaupt noch arbeitsfähig seien. Wer sich die Projekte anschau, die die rot-grüne Koalition eingebracht habe, der könne nicht sagen, dass da ein Wunschkonzert betrieben werde. Rot-Grün betreibe eine maßvolle Finanzpolitik.

Herr Deppe habe einen schönen Satz gesagt, Nachhaltigkeit sei nicht teilbar. Da habe er recht. Nachhaltigkeit sei nicht teilbar, aber man dürfe sie auch nicht auf die Be-

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

reiche Finanzen und Umwelt beschränken. Nachhaltigkeit sei auch mit Blick auf die Gesellschaft nicht teilbar. Da gehe es auch um die Vermögenswerte, die man in diesem Land habe. Über die Frage, wem was in diesem Land gehöre, müsse man sich auch unterhalten. Der Staat brauche für die Aufgaben, die er zu erfüllen habe – Frau Schulze Föcking habe es gesagt, Lebensmittel zu kontrollieren –, ausreichende Mittel. Darüber könne man auch nicht diskutieren. Da befinde das Land sicher nicht in einem Luxuszustand. Man mache das Mindeste, was man tun müsse. Er sei gespannt auf die Anträge, an welcher Stelle noch gekürzt werden solle.

Jürgen Berghahn (SPD) macht darauf aufmerksam, dass über die Änderungsanträge im Haushalts- und Finanzausschuss breit diskutiert werden solle. Er höre auch von Kürzungen in anderen Fachbereichen, wie im Bereich Kultur. Die geplanten Ausgaben für das Jahr 2013 betrügen 60 Milliarden €, eine sehr hohe Summe. 3,5 Milliarden € betrage die Neuverschuldung, die im Übrigen 1,1 Milliarden € unter dem Ansatz von 2012 liege.

Die 152 Millionen €, die als Einsparungen geplant seien, seien schmerzlich für alle Fachbereiche. Viele dieser Kürzungen könnten in Darlehensförderung geändert werden, was nicht so schmerzhaft ausfalle. Das vermisse er in den Vorschlägen von der Opposition. Er sei gespannt, welche weiteren Vorschläge die Opposition im HFA machen werde.

Hans Christian Markert (GRÜNE) kommt darauf zu sprechen, dass der Minister an zwei Stellen versucht habe, die Solidarität unter den Umweltpolitikerinnen und -politikern, Verbraucherpolitikerinnen und -politikern und Landwirtschaftspolitikerinnen und -politikern anzuschieben. Vor einigen Wochen hätten die Vertreter der Fraktionen auf einem großen Nachhaltigkeitskongress des Umweltministeriums auf dem Podium gesessen. Herr Deppe habe als einziger Politiker aus diesem Kreis einen großen Vortrag gehalten.

An dem Tag sei auch Karl Lamers mit viel Applaus verabschiedet worden – ein CDU-Kollege, der in der Zeit, als Schwarz und Gelb dieses Land regiert hätten, die Stiftung Umwelt und Entwicklung geleitet habe. Er empfehle der Opposition, sich mit Herrn Lamers zu treffen und darüber informieren zu lassen, welchen wertvollen Beitrag die Stiftung Umwelt und Entwicklung für die Stärkung des Ehrenamtes und die Stärkung der Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung leiste, unter anderem auch in Zusammenhang mit der noch laufenden UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung. Dann könne man mit diesen despektierlichen Kürzungsvorschlägen an dieser Stelle etwas zurückhaltender sein.

Herr Deppe habe ein flammendes Plädoyer – das höre er immer, wenn man über Verbraucherberatung im Landtag rede – und eine Schwerpunktsetzung für die Verbraucherberatung seitens der CDU angekündigt. Das höre er gern, allerdings fehle ihm das Vertrauen in die CDU, dass sie das auch tatsächlich umsetzen wolle. Die CDU fordere es immer ein, wenn es um die Komplementärmittel des Landes gehe. Vor Ort beispielsweise im Rhein-Kreis Neuss sei weder der CDU-Landrat noch der

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

Bürgermeister der Stadt Neuss bereit, 100.000 € an Komplementärmitteln aus der kommunalen Kasse zur Verfügung zu stellen. Die CDU wäre dann glaubwürdiger, wenn sie es ermöglichen würde, Verbraucherberatung, die vor Ort stattfindet, durchzusetzen, wenn sie also mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die dort in Verantwortung stünden, dafür sorgen würde, dass diese Verbraucherberatung auch stattfindet. Er fordere die Opposition auf, nicht immer nur tolle Plädoyers im Landtag zu halten, sondern die Verbraucherberatung vor Ort auch umzusetzen.

Rainer Deppe (CDU) entgegnet, eine Debatte über die Finanzsituation der Kommunen führe man besser in einem anderen Ausschuss.

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Da kann sich diese Landesregierung sehen lassen!)

Im Rheinisch-Bergischen Kreis habe die Stadt Bergisch Gladbach, in der die Verbraucherstelle ansässig gewesen sei, diese aus Haushaltssicherungsgründen nicht mehr finanzieren dürfen. In einer Kraftanstrengung habe man es geregelt, dass der Kreis jetzt komplett diese Finanzierung übernehme, der kommunale Anteil also durch den Kreis getragen werde. Die Verbraucherberatungsstelle sei gesichert. In vielen Fällen sei es nicht so, dass die Kommunen das nicht wollten, sondern oft könnten sie die Gelder nicht aufbringen. Es wäre auch eine wesentliche Anstrengung, den Kommunen wieder mehr eigenverantwortlichen Handlungsspielraum zu verschaffen. Da habe die CDU keinen Nachholbedarf.

Die Linie der CDU nicht nur im Landtag, sondern generell im Lande sei klar. Die CDU wolle eine qualifizierte und gute Verbraucherberatung. NRW sei das erste Land, das mit der Verbraucherzentrale auf Landesebene einen dauerhaften Vertrag abgeschlossen habe. Damit habe NRW ein Vorbild für ganz Deutschland abgegeben.

Beim Thema Nachhaltigkeit müsse folgende Frage beantwortet werden: Es gehe darum, ob eine Privatperson oder ein Unternehmen für eine Maßnahme Schulden aufnehme oder nicht. Wenn man glaube, dass sich die Maßnahme auszahle, dass man damit für die Zukunft investiere, mache man das. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen hier sagten zuerst, was wünschenswert sei – Geld habe man leider nicht –, und erhöhten die Neuverschuldung weiter – und das in einer Phase, in der die Wirtschaft so gut laufe wie nie und die Steuereinnahmen so hoch seien wie noch nie. Das werde auf Dauer nicht gut gehen. Das betreffe die Grunddebatte, die geführt werde.

Seine Fraktion setze bestimmte Schwerpunkte, er habe sie genannt: Verbraucherberatung, Biologische Stationen, Hochwasserschutz. Das seien für die CDU die wichtigsten Punkte in diesem Haushalt. Da könne man zusammenkommen. Bei anderen Maßnahmen streite man sich über die Beträge, was er für normal halte.

Vorsitzender Friedhelm Ortgies merkt an, der Ausschuss habe den Einzelplan 10 beraten. Den Antrag der Piraten nehme der Ausschuss zur Kenntnis, er betreffe aber den Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzwirtschaft.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

Der **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, **Einzelplan 10 anzunehmen.**

